



FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpresse@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

04.12.2015

Pressemitteilung Nr. 17/680

Pantazis: Anonymer Krankenschein ist ein weiterer Baustein einer teilhabeorientierten Migrationspolitik

„In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung haben wir uns für Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik ausgesprochen. Die jetzige Einführung des „Anonymen Krankenscheins“ in Göttingen und Hannover stellt einen weiteren Baustein unseres Paradigmenwechsels hin zu einer teilhabeorientierten Migrationspolitik dar“, so der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe, Dr. Christos Pantazis.

Die rot-grünen Regierungsfractionen hatten durch eine parlamentarische Initiative das Thema „Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen“ aufgegriffen, um auch für Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus im Rahmen eines Modellversuchs einen „Anonymen Krankenschein“ in Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der Medizinischen Flüchtlingshilfe in Hannover und Göttingen einzuführen.

„Ich bin sehr zufrieden, dass es nun gelungen ist, diese Modellprojekte an beiden Standorten auf den Weg zu bringen. Durch die ehrenamtliche Arbeit der Flücht-

lingsinitiativen kann dieser Baustein zu einer humanen Flüchtlingspolitik in Niedersachsen gesetzt werden. Mein Dank gilt allen Akteuren, die zum positiven Gelingen beigetragen haben. Ein weiterer Schritt wird nun die Verwirklichung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge sein, damit die bisherige Praxis, vor einem Arztbesuch einen Krankenschein vom jeweiligen Sozialamt einholen zu müssen, überwunden werden kann“, machte Dr. Christos Pantazis abschließend deutlich.

Information: In Hannover und Göttingen startet heute in Form eines Modellversuchs jeweils eine Anlauf- und Vergabestelle zur anonymen Vermittlung papierloser Menschen in medizinische Versorgung und aufenthaltsrechtliche Beratung. Dieses Projekt wird vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mit insgesamt 1,5 Millionen Euro gefördert. Nach drei Jahren ist angedacht, das Modellprojekt zu evaluieren und gegebenenfalls eine Ausweitung auf andere Städte in Niedersachsen zu prüfen.